

Prüfung der Steuererklärungen.

In der „Königlichen Zeitung“ vom 7. Januar d. Js. wird die unbegründete Behauptung darüber wiederholt, daß die Vorstehenden der Veranlagungskommissionen zur Prüfung der Steuererklärungen Anfragen an die Steuerpflichtigen ergehen lassen oder sonstige Nachforschungen über ihre Einkommensverhältnisse veranlassen. Hierdurch werde von vornherein die Glaubwürdigkeit der nach bestem Wissen und Gewissen“ abgegebenen „Selbsteinschätzung“ in Frage gestellt; entweder müsse man die Selbsteinschätzung als richtig und maßgebend anerkennen oder es den Steuerbefähigten wie früher überlassen, die Wahrheit über das Einkommen der einzelnen Bürger selbstständig zu ermitteln.

Wer die Begründung zum Einkommensteuergesetz gelesen hat und den parlamentarischen Verhandlungen über das Gesetz gefolgt ist, kann nicht in Zweifel darüber sein, daß diese Verhandlungen auf gänzlicher Verkennung des Wesens der Steuererklärung beruhen. Eine „Selbstentschädigung“ im Sinne der „Kölnischen Zeitung“ besteht in Preußen nicht zu Recht. Die Steuererklärung ist in Uebereinstimmung mit der allgemeinen Anschauung eingeführt, weil dieses Mittel zu einer gleichmäßigen und gerechten Einkommensteuerveranlagung nicht länger entbehrt werden konnte. Daß aber, schon wegen der Schwierigkeit der Berechnung des Einkommens, die Veranlagung nicht auf die Angabe der Steuerpflichtigen allein gestützt werden kann, sondern nach den auch in anderen Ländern hierzu vorliegenden Erfahrungen eine sorgfältige Prüfung der Steuerbehörden zur Ermittlung des Einkommens unerlässlich sei, ist in der Begründung zum Einkommensteuergesetz und bei den Verhandlungen darüber mit großem Nachdruck geltend gemacht. Auch die richtige Absicht schließt den Steuerpflichtigen nicht vor irriger und mißverständlicher Auffassung des Gesetzes, und daher ist auch die Beantwortung der Angaben des Steuerpflichtigen nicht entfernt als ein Mißtrauenspotium gegen den guten Glauben des Steuerpflichtigen aufzufassen. Derartige Irrthümer üben oft einen sehr erheblichen Einfluß auf die Einkommensberechnung, obwohl die Ursache des Fehlers aus dem regelmäßig in der Steuererklärung nur mitgetheilten Ergebnis der Berechnung nicht zu erkennen ist. Solche Erfahrungen, welche dies bestätigen, liegen auch in Preußen aus allen Landestheilen vor. Beispielsweise sei erwähnt, daß bei der Veranlagung für 1896–97 in einem größeren Veranlagungsbezirk im Osten der Monarchie von 1059 überhaupt abgegebenen Steuererklärungen 400 oder 56 v. H. mit dem Ergebnisse beantwortet sind, daß die dadurch bedingte Erhöhung der Einkommensteuer für jede beantragte Steuererklärung durchschnittlich rund 60 Mark beträgt. In einem Veranlagungsbezirk des Westens ist in Folge des Veranlassungsverfahrens bei 678 Steuerpflichtigen die Einkommensveranlagung durchschnittlich um 37 v. H. höher veranlagt, als sie nach Abgabe der Steuererklärungen zu veranlagend gewesen wäre. In beiden Fällen handelt es sich vorwiegend um Steuererklärungen von Gewerbetreibenden in industriellen Kreisen, und es bestätigt sich dadurch, daß die konsummäßige Durchführung, selbst wo sie besteht, die Beobachtung der für die Einkommenssteuerveranlagung maßgebenden Grundbesitzverhältnisse sichert. Wollte man auf die ständige Prüfung der Steuererklärungen verzichten, so würden binnen Kurzem in gesteigertem Maße die Mißstände wiederkehren, deren Vermeidung das Ziel des Einkommensteuergesetzes war. Die Einkommensteuer würde damit gegenüber den an die Gleichmäßigkeit ihrer Veranlagung mit Recht jetzt gestellten Anforderungen überhaupt unhaltbar werden.

das Detailreisen, also gegen das Hausiren, müsse ganz entschieden zurückgewiesen werden denn das

durch ungenügend zurückgeblieben werden, denn da-
 gegen brandete man, wie wir selbst alsbald dazu
 bemerkt haben, nur ein Hauptgefeß, aber keine
 allgemeine „Menschensteuer“ einzuführen. Es
 wird nun ausgeführt, daß wegen dieser Steuer-
 auflage in den nördlichen Ländern, insbesondere
 in Schweden, schon verschiedene Eingaben an die
 deutschen Behörden, jedoch ohne Erfolg gerichtet
 worden seien und dann die große Bedeutung der
 Sache für die deutsche Geschäftswelt hervor-
 gehoben, indem es zu sieben Aelnern die Deutschen
 seien, die diese Steuer zahlen müßten, weil
 hauptsächlich deutsche Geschäfte mit Norwegen,
 Schweden und Dänemark arbeiten und die
 Länder wiederum ihrer Lage nach naturgemäß
 zum allergrößten Theil von Deutschland Zaf-
 ungskreisen in Anspruch nehmen müssen. Es
 gereichte daher nicht allein Deutschland, sondern
 auch ebenso sehr diesen drei Ländern zum Vor-
 theil, wenn gegenseitig darauf hingewirkt würde,
 für sie untereinander möglichst freien, unbehin-
 derten Verkehr zu schaffen und die jetzigen ge-
 schäftlichen Verkehrshemmnisse zu beseitigen.
 Der Norden bilde für Deutschland ein großes
 Absatzgebiet, welches zu erhalten jeder Einzelne
 sowohl wie die Regierungen alles aufbieten
 sollten. Da in den Handelsverträgen von dieser
 „Menschensteuer“ nichts erwähnt sei, so sei es
 doch wohl eine offene Frage, ob diese nördlichen
 Länder ein Recht hätten, dem deutschen Handel
 solche willkürlichen Hindernisse in den Weg zu
 legen, und da es nun doch geschehen ist, so sollte
 die deutsche Regierung Einspruch dagegen erheben
 und die Aufhebung dieser Steuer verlangen.
 Gegenmaßregeln seitens Deutschlands seien erst
 dann anzuwenden, wenn die skandinavischen
 Staaten wider Erwarten keine Abhülfe eintreten
 ließen. Es ist dazu früher in den uns zuge-
 langenen Erörterungen eine Passsteuer auf alle
 Reisenden von Schweden und Norwegen, die in
 deutschen Häfen ankommen, vorgeschlagen wor-
 den. Der Hamburger Einsender macht einen
 andern Vorschlag. Ihm zufolge könnte man
 jedes norwegische und schwedische Dampfschiff,
 welches mit deutschen Häfen einen regelmäßigen
 Verkehr unterhält, für jede Reise mit einer de-
 muthen Steuern von 1000—2000 Mark belegen.
 Da der ganze rege Dampfschiffsverkehr zwischen
 Schweden-Norwegen und Deutschland ausschließlich
 von norwegischen und schwedischen Schiffen
 besorgt wird und durchschnittlich drei bis vier
 Dampfschiffe täglich von deutschen Häfen mit
 ihrer Ladung nach Norwegen und Schweden
 abgehen, so würde durch solche Gegenmaßregel,
 wenn es sein muß, ein Hauptnerv des nor-
 wegischen und schwedischen Erwerbs getroffen
 werden. Dies könnte mit Recht geschehen, da
 ein Handelsvertrag grade so wenig eine so ge-
 schäftsschädliche Steuer als die Steuer auf Hand-
 lungsgeldern ausgeschlossen sei. Schließlich
 schlägt der Einsender vor, daß die deutschen
 Konsuln und Kaufleute, die alle ein Interesse
 an dieser Sache haben, die Angelegenheit selbst
 die Hand nehmen und einen Antrag an das
 Ministerium sowie an sämtliche Reichsange-
 ordnete im Sinne der vorstehenden Ausfüh-
 rungen richten, damit die Sache demnächst im
 nächsten Tage zur Sprache komme. Wir möchten
 dazu, wie zu den meisten Ausführungen, die
 die Haltung der Regierung in der Frage be-
 treffen, bemerken, daß man ihr unseres Wissens
 den zuständigen streifen alle Aufmerksamkeit
 und namentlich bestrebt ist, die un-
 terschiedliche polizeiliche Bewachung und örtliche Be-
 dingungen zu beseitigen, während auf Abschaffung
 der Steuer selbst, als auf eine innere Ange-
 legenheit der erwähnten Staaten, ein Einfluß
 gar nicht vorhanden sein kann.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser hat, der „Köln. Ztg.“ zufolge, die Verordnung vom 9. August 1896 die Mitglieder der Disziplinarkammer und des Disziplinargesetzes für die Schutzgebiete ernannt. Zum Vorsitzenden des Disziplinargesetzes der Präsident des Kammergerichts, Wiest, Rath Drehtmann, ernannt worden. — Der Reichstzänger Fürst zu Hohenlohe ist von der Erfüllung so weit vergeltet, daß er sich wieder anzugehen gedachte. Am 21. M. wird der Fürst das Präsidium und säßige Mitglieder des Reichstages zum Diner bei versammeln. — Major v. Wißmann wird der „Nordb. Ztg.“ die nächste Zeit in Nordamerika zutreiben, sein altes Leiden — allmählich Beschwunden — hat sich wieder eingestellt. Die Vorstandschaft des Allgemeinen deutschen Arbeiterbundes zu München und die Vorstandschaft des Zentralausschusses der vereinigten Gewerbeten Deutschlands zu Berlin hat für gemäß Beschlußes der Berliner Handwerkerkammer nach Leipzig zu berufenden deutschen Gewerbeten- und allgemeinen Handwerkerkongress die Hälfte des Monats März in Aussicht genommen. — Seit einigen Tagen weit in Paris ein Baron Henri von Rothschild mit seiner jungen Gattin aus Paris, in der Abfahrt, Wohlfahrtsvereinigungen für arme Kinder in der Stadt kennen zu lernen. Baron Rothschild ist selbst Arzt und Vorsteher einiger ärztlichen Anstalten, die von seiner Familie und ihm zum Besten der armen Kinder in Paris an der französischen Seefüste gegründet sind. Insbesondere bemüht er sich, die Einrichtungen für die Säuglingspflege kennen zu lernen und hat aus diesem Grunde den hiesigen Kaufmann und dem städtischen Säuglingsheim der Alten Jakobstraße Besuche abgestattet. Kaiser und Kaiserin Friedrich kinderlos, erregten die Einrichtungen für die Säuglingspflege der Wälder zur Bestellung einer geeigneten Säuglingsnahrung sein lebhaftes Interesse, er auch in Paris seit Jahren dafür Sorge genommen hat, armen Kindern entkümte Milch getrocknet oder für möglichst geringe Kosten nutzbar zu machen. — Die Kaiserin Alexandra aus Amerika befaßt sich, in antiken Sprachen streifen wird, der „Köln. Volksztg.“ zufolge, erzählt, seine Frau, welche er „samt und sonders“ zurückließ und nicht genügend unterhalten habe ihm droht, seine gesamte Korrespondenz seinen Eignern anzuliefern, und deshalb bereits mit hiesigen Debatoren verhandelt. Nach einer anderen Version ist diese Korrespondenz einem bekannten sozialdemokratischen Redner zum Ankauf angeboten worden. Es ist sich darunter auch Briefe von Kaiserin Alexandra.

bestinden. — Auf der amerikanischen Botschaft
stand am Samstag 26. d. M.

Am Sonnabend Abend der letzte große Empfang der Hofgesellschaft statt. Dem Hofgesellschaft stellte die Herrin der Einführung des diplomatischen Korps v. Wedem und der Kammerherr v. Cabrera vor, während der Major von Tempelhof dem Kaiser Alexander-Regiment die Offiziere vom Hauptmann abwärts präsentierte. Die Frau Hofgastgeberin, die eine Toilette in Malvenfarbe trug, war von ihren beiden Töchtern umgeben; hier stellten die Damen die Frau Gräfin von Schwarzenfeld, die Herrin der Vize-Direktorin-Generalkommission Graf-Kantig vor, der hierbei vom Zeremonienmeister v. Röder unterstützt wurde. Die Hofgastgeber, begleitet von ihren Damen und ihrem Personal, waren vollständig erschienen; neben ihnen die Gesandten von Portugal, Japan, Rumänien, Uruguay und der Niederlande. Das auswärtige Amt war durch den Unterstaatssekretär Freiherrn v. Notenhay, den Freiherrn Mümm v. Schwarzenstein und den General-Legationsrat v. Dörfler vertreten; zu ihnen gesellte sich der Freiherr v. Hermann, der als landwirtschaftlicher Sachverständiger der kaiserlichen Hofgast in Washington beigegeben war. — Ueber die Wirkungen des **Maximalarbeitsgesetzes im Wägereigewerbe** ist eine Enquete beauftragt worden. Von 850 an die Meister veranzahlten Fragebogen sind 572 eingegangen. Fast sämtliche Beantwortungen verneinen den Maximalarbeitstag, beantworten also die Frage nach Wiederaufhebung der Arbeitsbeschränkung mit Ja; nur zehn Meister unter den Befragten billigen das Gesetz. Die größere Hälfte der Meister bestritt ferner, daß die Sonntagsarbeit bis 8 Uhr Vormittags erwidert werden kann. — Mit dem **Vau des Krematoriums** auf dem neuen Friedhof in Jena wird in nächster Zeit begonnen werden, nachdem der Großherzog das Statut über die Leichenverbrennung in der Stadt Jena genehmigt hat. Durch Beschluß des Kultusministeriums ist dem Verein für Feuerbestattung hier mitgeteilt worden, daß den evangelischen Geistlichen die Eingeweihten der zur Verbrennung bestimmten Leichen nicht nur in der Wohnung des Verstorbenen, sondern auch in der Friedhofskapelle gestattet ist. Ausgeschlossen bleibt die Anwesenheit der Geistlichen bei der Beisetzung oder Aufstellung der Aschenseite. — Die aus Obersachsen geschriebene Welt, wandte sich an den Vorstand des Solobereins in Kattowitz, ob ihm die Disziplinäre Genehmigung zur **Aufstellung einer Theatervorstellung in polnischer Sprache** verweigert habe, beschwerend sich an den Regierungspräsidenten, und als dieser das Verhalten der Polizei billigte, an den Regierungspräsidenten Fürsten Jaschelt. Dieser hat dem Vereinsvorstande einen Bescheid erteilt, dem wir Folgendes entnehmen: „Ihre Beschwerde vom 19. November v. J. weise ich zurück, da der mit derlei an demselben beschlossene Bescheid des Herrn Regierungspräsidenten in Oppeln den tatsächlichen und rechtlichen Verhältnissen entspricht. Es ist hinreichend festgestellt, daß der neubegründete, sogenannte „**Sokol**“ in Kattowitz, wenn auch er sich nach den Statuten jeder Gewerkschaft auf öffentliche Angelegenheiten politischer Natur, in statutenwidriger Weise politisch-publizistische Propaganda treibt. Es ist andererseits notorisch, daß in der Stadt Kattowitz das Treiben sowohl dieses wie anderer, ihm verwandter polnischer Vereine in den überwiegend deutsch gestimmten Kreisen der Bürgerchaft eine deutliche Erkrankung hervorgerufen hat.“ — In Stralsburg ist die Unterzeichnung der Protestadresse hatten dem akademischen Senat folgende Erklärung zugehen lassen: „Die Unterzeichneten erklären, daß die jetzt reitenden Stud. Erhart und Luitwig in ihrem Auftrage gehandelt haben, als sie die Erklärung vom 18. Dezember abgaben, und daß sie dafür Verantwortung mittragen wollen. Sie ersuchen aber zugleich, daß es ihnen fern gelegen sei, die akademischen Behörden der Parteitätigkeit beschuldigen, und daß sie bedauern, wenn die Eingabe, welche allerdings der Form nach nicht ganz entsprechend war, dieser Auffassung nicht gegeben hat. Sie geben sich der Hoffnung hin, der hohe Senat werde die Folgen der Stud. Erhart und stud. Luitwig ausgesprochenen Relegation, bedarfs Fortsetzung ihrer Studien an der hiesigen Hochschule, soweit möglich, mildern.“ Die Universitätsbehörden haben sich daraufhin zugestanden, daß von Disziplinarmaßnahmen gegen die Unterzeichneten Abstand genommen, daß Erhart und Luitwig schon in diesem Semester wieder zugelassen und daß François im nächsten wieder aufgenommen werden solle. Uebrigens hat der Universitätsrat ein am unerwarteten Nachspiele geführt, den beim Landgericht beschäftigten altpreussischen Referendar Thoma, der als Hörer der Kaiser-Wilhelms-Universität die Protestadresse eingeborenen Studenten mitunterzeichnet wurde, ein Disziplinarverfahren eingeleitet, der wurden 11 eingeborene Referendare verurteilt, nun über ihr Verhalten bei dem Luitwig-Präsident Dr. Pauli soll zu dem altpreussischen Referendar Wierling die Verurteilung geschehen, das Vorgehen der eingeborenen Studenten in der Kaiser-Wilhelms-Universität“

Berlin, 12. Januar. Beim Abgeordneten-
sind eingegangen: Die Nachweisung über
Ergebnisse der anderweitigen Verpachtung der
im Jahre 1896 pachtlos gemordenen Domänen-
stücke; die Nachweisungen der bei der
Landesverwaltung und bei der Forstverwaltung
im Jahre 1895-96 vorgekommenen Flächen-
zu- und Flächenabgänge; der Nachweis über
den Flächenbesitz im Jahre 1896 stattgaltige Aus-
scheidung in den Landgemeinden des Staates;
Verhandlungen des Eisenbahnrathes im
Jahre 1896.

— Das gewerbliche Unterrichtswesen soll durch den preussischen Etat für 1897/98 eine Fortentwicklung erhalten. Den verhältnismässig größten Theil an den zur Bewilligung neu vorgeschlagenen Mitteln nehmen die Baugewerkschulen in Anspruch. In ihrer bisherigen Zahl und Leistung vermögen die jetzt bestehenden Baugewerkschulen das Bedürfniss der Baugewerktreibenden nach Ergänzung und Vertiefung ihrer fachlichen Ausbildung nicht zu befriedigen. Uebersichtlich mangelte es an mehreren Sonderarten von Schulen wegen Platzmangels bei den vorhandenen Lehranstalten zurückgewiesen werden, obwohl in einzelnen

Anstalten schon mehr Schüler, als streng genommen zulässig sind, aufgenommen werden. In Folge dessen sollen einige vorhandene Schulen erweitert und zwei neue Baugewerkschulen für die Holzprobung und Weislaken, wo sich das Bedürfnis besonders geltend gemacht hat, begründet werden. Aber auch auf anderen gewerblichen Gebieten sollen Förderungen des Unterrichtswesens erfolgen. So ist beabsichtigt, die Fachschule für Seemannschiffsmaschinen in Hensburg in eine Staatsanstalt umzuwandeln. Das Lehrpersonal bei den Maschinenbauanstalten in Dortmund soll erweitert, die keramische Fachschule in Bielefeld entsprechend der Steigerung der für sie gemachten Aufwendungen höher unterstützt, die Färberei- und Appreturabteilungen in den Webeschulen zu Aachen und Kottbus erweitert, in der Webeschule zu Krefeld ein Kursus zur Ausbildung von Seidenriemern, an der Webeschule zu Fort ein solcher zur Ausbildung von Färbemeistern eingerichtet, die Errichtung einer Webeschule zu Norddorf unterstützt und im Regierungskreis Breslau entsprechend einem hervorgetretenen Bedürfnis eine dritte Weberei-Regierungsfabrik errichtet werden. Schließlich ist, da die guten Erfolge, die mit dem Wanderverunterricht bei den schlechtesten Handwebern erreicht worden sind, es wünschenswert erscheinen lassen, solchen Unterricht auch in anderen Gegenden einzuführen, wo die Handweberei noch in großem Umfange betrieben wird, beabsichtigt, einen solchen Unterricht an die Weberei Provinz Hannover zu übertragen. Hier ist die Handweberei noch vielfach eine Nebenbeschäftigung der ländlichen Bevölkerung. Nach einer im Jahre 1895 vorgenommeneu Zählung waren damals noch 65 399 Handstühle im Betriebe, auf denen jährlich Gewebe im Werte von rund 4 Millionen Mark hergestellt wurden.

— Die Versammlung Delegirter von fast allen preussischen Handelsplätzen trat gestern und vorgestern hier zusammen, um über die durch die neue Gesetzgebung und deren Ausführung für den Getreide- und Probuken-Handel geschaffene Lage zu berathen. Es wurde noch eingehender Discussion über die wichtigsten Punkte mit an Einkommigkeit grenzender Majorität resp. mit Einkommigkeit beschloffen:

1. die Gründung einer Organisation für den deutschen Getreide- und Produktenehandel mit dem Sitz in Berlin,
2. teils der beteiligten Vereinigungen einzelner Preisermittlungen zu veranlassen und weder direkt noch indirekt zu veröffentlichen.

Die Statuten der vorgedachten Organisation erhalten als Zweck derselben in erster Reihe die Bahrung der Ehre und des Ansehens ihrer Mitglieder und ferner die Förderung der wirtschaftlichen Interessen derselben.

— Die Agrarier verlangen, daß die freien
erläumungen des Interessenten des Getreide-
und Produktenshandels einfach verboten und
tätiglich geiprengt werden sollen. Einen Gefes-
graphen zur Begründung folcher Verge-
taltung führt man nicht an; auf Gefelligkeit
umt es ja auch den Agrariern nicht an,
edern darauf, fene Zwecke zu erreichen, die fie
blenderweise als in ihrem Interesse irgend
achten. Nun befindet fich aber in dem
brißwechsel des Herrn Minifter Befehl mit
Welkten der Berliner Kaufmannschaft ein
chnitt, aus dem mit aller Klarheit hervor-
t, daß von Seiten des Handelsministers ein
schäftsbetrieb, wie er jetzt innerhalb der
n Vereinigungen stattfindet, als „Börfe“ im
ne des Börfengefetzes nicht betrachtet wird.
nifter Befehl wandte fich an die Welkten
Kaufmannschaft von Berlin und erfuchte um
theilungen, welchen Charakter die sogenannte
tliner „Freibörfe“ habe und ob auch fie
nem Charakter entfprechend dem Reichsbörfen-
gefe zu unterstellen fei. Die Welkten er-
teten die gewünschte Aufklärung; fie gaben
die Gefchichte der Entwidlung der „Freibörfe“
den Anfängen, als Zufammenkunft auf
nem Markt, bis zu dem jetzigen Stadium
befuchteten darauf die entfcheidende Frage,
fie fich hier um eine Börfe im Sinne des Gefetzes
befe, in folgender Weife:

In Getreide- und Mehl werden vorwiegend Schlüßgeschäfte, „loft“, „rollend“ und „auf Abgang“ geschlossen und zwar zum Theil nach den Wünschen der Berliner Getreide- und Mehlgewerkschaften, als Drückbrauch geltenden Bedingungen, größtentheils aber unter ausdrücklicher Aufsicht der letzteren. In geringerer Menge findet auch in Getreide — und zwar meistens zwischen solchen Händlern, die auch die Korbware betreiben — ein Abschluß von Feinschlüßgeschäften unter Börsenbedingungen statt, ein Umstand, dem durch das Reichsgesetzengleich ein Hinderniß beseitigt ist. Eine Koursnotierung für die aufgeführten Geschäfte geschieht nicht.

Dem entsprechend erachtet die Aelteste Kaufmannschaft den Frühmarkt als Börsenmarkt im Sinne des Gesetzes nicht und diese Auffassung ist der Ministerial-Befehle. Die Regierung sah sich davon ab, auch den Frühmarkt dem Reichsgesetzengleich und den in Preußen erlassenen Koursnotierungen zu unterwerfen. Nun entstehen aber in jedem Punkte bis auf jenen, eine Koursnotierung nicht geschieht, die in Vereinigungen der Getreide- und Prohibitoren, den der von der Regierung dem Reichsgesetzengleich nicht unterworfenen Berliner Frühmarkt hat. Das in den Formen, wie es zur Zeit geschieht, das heißt nur auf Grund des Reichsgesetzes, die Interessenten, sowie die Förderung der alten Verbindungen und Organisationen, es zuzulassen, ihr Geschäft fortzubetreiben, auf, dafür liegt also eine Entscheidung vor, der preussische Handelsminister Befehl selbst erteilt hat. Freilich bedurfte es einer solchen, denn die Autoritäten, die man früherweise zu Rathe gezogen hat, lassen darüber Zweifel, daß die freien Vereinigungen sich ihrer jetzigen Haltung absolut und in peinlicher Sorgfalt auf ungewissem Rechtsboden ein. Auf eine Gesetzgebung, der ausreichende Entschädigung fehlt, den Handel in diese ungünstige Lage gebracht, so ist man doch entschlossen, nicht innegehaltene Terrain mit allen zulässigen Mitteln zu verteidigen und bei dieser Vertiefung muß sich die Gesamtheit der Bevölkerung mit den Interessenten solidarisch erklären, welche liegt im nationalen Interesse, im Interesse der rationellen Volksernährung und ganz allgemein auch im Interesse der Nation.

— Die neue unterseeische Telegraphenverbindung zwischen Deutschland und Spanien auf dem Kabel Emben-Bago hat in den ersten 14 Tagen ihres Bestehens trotz der Weinnoth und Neusschiffsfahrt einen Verkehr von 4671 Telegrammen aufzuweisen. Darunter befinden sich solche in der Richtung nach Deutschland (und dessen Vorkontinenten), aus Ostasien, Britisch-Indien, Afrika, Südamerika und Australien, während in der Richtung von Deutschland nach Spanien und darüber hinaus sich das Interesse der Handelswelt Auslands, Oesterreichs und der skandinavischen Länder immer mehr dem neuen Wege zuwendet.

— In der südafrikanischen Republik ist das Reich bisher allein durch das Konsulat in Pretoria vertreten gewesen. Die große Zahl der in der Republik ansässigen Deutschen und die fortschreitende Entwicklung unserer Handelsbeziehungen mit Transvaal hat die Errichtung eines zweiten Konsularamtes in Johannesburg, der größten Stadt und bedeutendsten Handelsstadt des Landes, notwendig gemacht, dessen Leitung ein von den dortigen Deutschen wiederholt fundamente übertragen werden soll. Mit der Einrichtung und kommissarischen Verwaltung des neuen Konsulats ist der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge der bisherige Vizekonsul in Paris, Hellschlagtrug worden, der durch eine mehrjährige thätigkeit in dem südafrikanischen Schutzgebiet und eine wiederholte längere Beschäftigung in der Kolonialverwaltung des Auswärtigen Amts mit den südafrikanischen Verhältnissen vertraut ist.

Metz, 10. Januar. Ein neuer Stadterweiterungsplan wird augenblicklich, wie in militärischen Kesseln verlautet, von dem Grafen v. Däeseler bearbeitet. Er soll, soweit Einzelheiten bekannt sind, weit über den Rahmen der bisher im Gemeinderathe vorgelegten Erweiterungspläne hinausgehen. Es handelt sich dabei um ein weitgeräumigeres als bisher, nämlich

Alle der östlichen Festungsfront zwischen Fort
teilnehmend und dem Bahnhof und um die Ver-
bung des Bahnhofs. Alle bisher vorgelegten
äne scheiterten daran, daß das angebotene Fi-
sche Gefährde im Vergleich zu den Kosten zu
bedeutend war. Dieser Ablehnungsgrund
ist aber jetzt weg, da das mit in die Stadt
bestehende Gebiet nicht nur die gesamte
allanfallend, sondern auch sogar vier Vororte,
runter die gegen 10 000 Einwohner zählenden
Grer Montigny und Sablon, umfassen würde.
Ein kürzlich in Paris verstorbener Altmeier,
nach 1870 dahin ausgewanderte, hat den hie-
sen Armen eine jährlich zu verteilende Rente
im 2400 Mark vermach. Es soll bei der Ver-
teilung jede Konfession und jede Nationalität
mit Auschluss der deutschen berücksichtigt
werden. Der Erblasfer hat offenbar nicht daran
gedacht, daß die Altmeier Armen seit 1871 auch
„eutscher Nationalität“ sind.

FranFreich.

Menton, 12. Januar. Die Kaiserin Elisabeth langt am 18. Januar im Hotel zu Saint Martin an. Die Installation der Appartements fertig. Das sächsische Königspaar wird Ende Januar erwartet.

Türkei.

Konstantinopel, 9. Januar. Gestern reiste seines scheinbigen Aufstretens in den jüngsten Belegen wegen weit bekannte Erste Dragoman russischen Botschaft Herr von Maximow zu seinem Schwiegervater Dr. Vardou mit Orientepreßzug von hier ab. Der offizielle Einmüßigungsort ist Paris, wo Frau v. Maximow seit einiger Zeit weilte, doch sind die Angelegenheiten bereits damit beschäftigt, der alle möglichen und unmöglichen politischen den unterzuziehen. Nach den einen sollte Maximow abberufen worden sein, weil man ihn Petersburg sein scheinbigen Aufstretens verleihe, und die Reise ginge auch nicht nach St. Petersburg mit einer Art Zwangspatz direkt Petersburg. Diese Meinung entkammt aus Quellen, die auch ferner behaupten, augenblicklich dank einem sehr günstigen Angebot aus London der englische Einfluß unbefristet die Durchhand gewonnen und daß auch nun seinerseits, um dem Sultan zu sein, Herrn v. Maximow geopfere. Andere Kreise wieder bringen die — allerdings plötzliche Abreise Maximows mit der zahlreichen Brutalitätsszenen zusammen, Maximow in die Schutze geschoben werden, ders mit einem Streik, den er kürzlich mit Großmeister der Artillerie Zeki Pascha. In den Bekanntenkreisen Maximows will man wissen, daß eine plötzliche Erlegung seiner Gattin, von der er übrigens seit längerer Zeit getrennt lebt, ihn nach Paris habe zogen. Jedemfalls ist die Reise das allgemeine Wahlsystem hier.

Africa.

Wie dem „Daily Chronicle“ von Kairo be-
rührt, sind beim Chef des Konsulats-
aments, Major Birgatte, verschiedene
eingegangen, welche über die Ab-
e des Khalifen in Omdurman und die
e seines Heeres Klarheit verschaffen. Die
e besitzen 40—45 Krupp'sche Kanonen,
Granaten und Pulver genug für mehrere
tten. Sie konzentriren sich gegenwärtig in
r und Omdurman. Beide Orte sind be-
Der Khalif beobachtet nicht nur die Mi-
sondern auch die Straßen durch die Wüste. Er
e seine Streitkräfte beisammen, um sie auf jede
die Wüste gehende Straße werfen zu können.
Stärke seines Heeres wird auf 50 000 Mann
tzt. Gewehr besitzt er hinreichend, um ein
derjenigen damit zu bewaffnen, und 60
nen für jedes Gewehr, was freilich mehr
genügend ist. Was die Kosten eines neuen
ge betrifft, so glaubt man in Kairo, daß
sische Regierung sie tragen und das egypt-
Shahamati einweisen nicht damit belästigen
obgleich natürlich ein Abkommen mit der
hen Regierung darüber getroffen werden
Wahrscheinlich werden die Genugnahmen der
g Dongola als Eigenschaft dienen

Deutsche Handelsreisende in den
nordischen Staaten.

Die Zölle und Steuern auf den Handel sind in den nordischen Staaten reizen noch immer nicht ab. Sie liefern den eindringlichen Nachweis für den in unsern Handelskreisen darüber empfundenen tiefen Unwillen, der sich oft in sehr kräftigen Worten äußert. Eine aus Hamburg der „*Skidn*“ 3. g. zugegangene längere Darstellung widerholt zum Theil schon früher über diesen Gegenstand Gesagtes, bringt aber auch einiges Neue zur Sache. So berichtet sie in Betreff Dänemarks, daß gleich Schweden die nimmehr auch in Norwegen eingeführte Patentlage schon längere Zeit auf Handelsreisende angewendet — jedoch mit dem Unterschied, daß der Gewerbsheim auf 160 Kronen geätzt wird und mit dem Betrage von wo er für den angebrochenen Kalendermonat jeder Stadt der Seiden bei der Polizei und bei der Reisende Geschäftsbesuche machen darf, wobei mittags schließt, jedoch nach dieser Zeit einreisende Reisende an dem Tage überhaupt nichts Geschäftliches mehr unternehmen können, doch schimmer verhält es sich mit der Erlaubnis der Ortsbehörden Besichtigung in manchen Bezirken Schwedens. Dort wohnt der Beamte der Reisenden (der Beamte, der den Gewerbsheim unterzeichnen muß) von der vom Reisenden zu besuchenden Fabrik zwei und drei Stunden entfernt; ist man nun zu ihm hingefahren, so ist er, wie das schon Sties vorerwähnt, zuweilen nicht zu Hause, vielmehr nur auf mehrere Tage verreist und hat auch seinen Stellvertreter; der Reisende hat also die Fabrik dorthin vergebens gemacht und darf die Fabrik nicht eher besuchen, bis der Beamte zurück ist. Besucht aber der Reisende, in dem Bewußtsein seine Pflicht gethan zu haben, doch die Fabrik, so macht er sich strafbar. In einem solchen Falle würde der Geschäftstreibende auf der nächsten Reise vom Landesman angehalten und mußte 200 Kronen Strafe zahlen. Er klagte dagegen, verlor natürlich die Klage und hatte auch die Kosten des Rechtsstreits obenbein zu zahlen. Die jüngst von einem Einfuhr in Christiania in unserm Blatte versicherte Nichtergründung der Steuer als Maßregel gegen

Zur Arbeiterbewegung.

Hamburg, 11. Januar. Heute fanden zehn Versammlungen der Ausständigen statt. In der Versammlung der Schanerleute ernannte Döring, nicht einzeln vom Ausstande zurückzutreten. Sollte der Ausstand mit der Niederlage der Arbeiter enden, so müßten alle vorher erklärt haben: „Es geht nicht mehr.“ Von den Arbeitgebern, die den Arbeitern ebenso geschloffen gegenüberstünden, sei nichts zu erhoffen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß der Arbeitgeberverband am 15. d. M. seine Haltung ändere; denn mit dem Tage laufe der Termin ab, bis zu welchem der Beschluß, mit den Arbeitern nur zu verhandeln, wenn sie die Arbeit vorher aufgenommen haben, aufrecht zu erhalten sei. — Der durch den Streik verursachte niedrige Wasserstand hält an; der Schiffsverkehr ist fast gänzlich gehemmt. Der Verein Hamburger Affenrouten (Hörsingbureau) veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Nachdem die durch den Ausstand hervorgerufenen anomalen Verhältnisse, die Verzögerungen in der Entgegennahme der Güter von den Quais zur Folge hatten, als beseitigt angesehen sind, sehen sich die Mitglieder unterzeichneten Vereins veranlaßt, die früher gemachten Zugeständnisse hinsichtlich der Ausbezahlung ihres Risikos wieder zurückzunehmen und tritt nunmehr für die Begrenzung desselben wieder die durch die Polizeibedingungen festgestellte Frist ein.“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 12. Januar. Donnerstag, den 14. Januar (nicht, wie in einer früheren Notiz angegeben war, Freitag, den 15. Januar) findet Abends 7 Uhr im Evangelischen Vereinssaal, Elisabethstraße, ein Familienabend statt, welcher zum Besten des Städtischen Saal von dem „Vereinsverein für Salem“ veranstaltet wird. Das Programm des Abends bietet außer einem Vortrag des Generalinspektors Dr. Pöcker, Gellingsbörger, ein Familienabend, welcher zum Besten des Städtischen Saal von dem „Vereinsverein für Salem“ veranstaltet wird. Das Programm des Abends bietet außer einem Vortrag des Generalinspektors Dr. Pöcker, Gellingsbörger, ein Familienabend, welcher zum Besten des Städtischen Saal von dem „Vereinsverein für Salem“ veranstaltet wird.

— Patente sind erteilt: Für A. F. A. Schwarz, in Firma A. Schwarz, für einen Regeneinrich mit Ueberlaufrohr und für B. Priester in Bauenburg i. B. auf eine schwebefähige Brücke für Sicherungs- und Brückenbau. Ein Gebrauchsmuster ist eingetragen für Adalbert v. Klossowski in Bauenburg i. B. auf durch Klauen an Schritten zu befestigende Schneeräumflüge.

— Die Ziehung der zweiten Klasse der 196. königlich preussischen Klassen-Lotterie findet statt von 8 bis 10. Februar 1897.

— Ueber das Vermögen des Kaufmanns Paul Schünemann, in Firma A. Schünemann, hier selbst, ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Kaufmann G. Goeck; Annahmedatum 13. Februar.

— Herr Frischgell, dem langjährigsten Konzertmeister der hiesigen Stadttheaterkapelle, ist für die nächste Saison die Kurmusik in Schweinmünde übertragen. Derselbe erhält für die Saison 7000 Mark und hat dafür die Kurkapelle in Stärke von 25 Musikern zu stellen.

— Das Weihnachtsmärchen „Rothkäppchen“ wird morgen Mittwoch im Veltedue-Theater zum vorletzten Male aufgeführt. Am Abend wird, ebenso wie Donnerstag, „König Heinrich“ wiederholt mit Herrn Werthmann als „Papst Gregor“.

* Heute Vormittag um 10^{1/2} Uhr wurde die Gasbrücke der Feuerweh nach dem Hause Deutsche Straße 5 entzündet, wofolbst in einem unter dem Thorweg belegenen Kellerraum beim Aufbauen der Wasserleitung ein Wasser in Brand gerathen war. Das Feuer wurde in kurzer Zeit gelöscht.

* Im letzten Vierteljahr 1896 wurde die Sanitätswache der Feuerweh in 317 Fällen in Anspruch genommen, davon betrafen 151 Fälle den Krankenwagen und 166 Fälle Auslieferungen auf der Wache. Der Krankenwagen beförderte 76 Personen in Krankenhäuser und 39 in die Wohnungen der Verunglückten, für 36 wurde der Wagen gerufen, ohne in Benutzung zu kommen, da die Betroffenen sich bereits entfernt hatten oder weil es sich um Verunfallte handelte, die nicht befördert werden dürfen. Die nachgehenden Auslieferungen vertheilen sich auf 157 Unfälle im Betriebe oder auf der Straße, 79 Schlägereien, 50 pöbelige Erkrankungen und 4 Selbstmorde, in 27 Fällen handelte es sich um blinde Altmänner.

* Aus dem Saale der Brauerei wurde am Sonntag Abend ein Liebergehirn und vom Dollwerk in letzter Nacht ein Handwagen gestohlen.

* Der bei dem Kaufmann Th. Behn am Rosengarten 68—69 beschäftigte Handlungsgehilfe Karl Wengel wurde heute früh in seiner Schlafkammer todt aufgefunden. Der junge Mann war gestern Abend von einem Vergiftungsmittel heimgeführt und als er heute nicht zur gewöhnlichen Zeit im Geschäft erschien, wurde ein Arbeiter zu ihm hinausgeschickt, um ihn zu wecken. Die Thür des Gemaches war unverschlossen, der Raum selbst aber mit erstickendem Qualm gefüllt. Der junge Mann lag entsezt in seinem Bett und stellte ein hinzugerufener Arzt Vergiftung durch Kohlenstoff fest. Der in dem Gemach befindliche Ofen besaß keine Klappe, doch soll derselbe zahlreiche schädliche Stellen zeigen, durch die das tödliche Gas in den Raum eindringen konnte.

* Die Polizei beschlagnahmte heute hier drei Fässer Milch, zusammen etwa 70 Liter, wegen zu geringen Fettgehaltes. Die Milch stammte vom Dominium Kirs, dieselbe wurde einem Chemiker zur Untersuchung übergeben.

— Das Benzol ist, wie hinreichend bekannt, eine so feuergefährliche Flüssigkeit, daß dessen Gebrauch namentlich im Haushalt auf das notwendigste eingeschränkt werden sollte. Aber trotz der fast täglich vorkommenden Unglücksfälle in Folge von Entzündung des Benzols oder Explosion der Benzindämpfe wird es vom Publikum und zwar oft mit unglücklicher Sorglosigkeit auch dort verwendet, wo es ohne Weiteres durch weniger feuergefährliche Stoffe ersetzt werden könnte. So ist ein kürzlich vorgekommener Brand dadurch verursacht worden, daß Wägen mit einer Kinderkutsche gefüllt hatten, zu deren Ausrüstung ein mit Benzol gefüllter Kessel gehörte. Die Eltern handeln unverantwortlich, wenn sie es zulassen, daß ihre Kinder mit Benzin umgehen. Ein weiteres Beispiel von der unglücklichen Verwendung des Benzols sind die neuerdings in Berlin und anderen Städten in den Handel gebrachten zur Aufschmückung des Christbaums dienenden kleinen Laternen mit Benzol-

füllung. Auch hierbei wird eine Gefahr heraufbeschworen, die unter allen Umständen zu vermeiden ist. Benutzende sich in einem unbewachten Augenblicke die Kinder dieser Benzinlaternen, wird der Christbaum umgefallen oder tritt irgend ein ähnliches unvorhergesehenes und manchmal unermessliches Ereignis ein, so kann in wenig Augenblicken großes Unheil über die ganze Familie kommen, die sich eben noch in freudigster Weihnachtsstimmung befand.

Stadttheater.

Gastspiel Josef Kainz. „Nacht um die zwölfte Stunde“ war es fast, als sich gestern Abend der Vorhang zum letzten Male senkte und damit eine Vorstellung beendet, welche zu den erfolgreichsten der gegenwärtigen Saison gehörte. Schon der Anblick des in allen Stücken, sogar im Orchester vollständig ausgearbeiteten Hauses war etwas ungewöhnliches und auch die Begeisterung des Publikums erreichte eine Höhe, wie solche hier nur selten zu Tage tritt, und dies Alles war Josef Kainz zu danken, der sich zu einem einmaligen Gastspiel als „Hamlet“ hier eingefunden hatte. Kainz gehört zu den Künstlern, welche eigenartige Charaktere schaffen, und so bietet sein „Hamlet“ auch manche Abweichung von der sonst üblichen Auffassung. Wenn man die von ihm gewählte Wiedergabe auch nicht in allen Theilen als die unbedingt richtige anerkennen kann — besonders gilt dies von dem wiederholt eingeschlagenen schnellen Tempo in der Sprache —, so muß man der Gesamtleistung doch vollen Beifall zollen, und es war nicht zu verwundern, daß dieselbe auch gestern auf die Anwesenden ihre Wirkung nicht verfehlte, vor Allem gilt dies von der Scene mit Ophelia und der Schaulustigen des 3. Aufzuges; nicht minder wirkungsvoll gestaltete er die Scene im Schlafsaal der Königin. Die heimlichen Kräfte unterliefen den Gast auf's Beste. Für's Erste fand sich mit der Partie der „Ophelia“ sehr gut ab, besonders ist anzuerkennen, daß dieselbe in der Wagnisscene sich von jeder Uebertreibung fern hielt; auch Fr. L. L. wurde den Anforderungen der „Königin“ in jeder Weise gerecht. Von den Herren nennen wir mit Anerkennung die Herren Strieder (König), J. J. (Polonius), J. J. (Klaren), Wagner (Horatio) und G. H. (Gerhard) (Erster Schaulustiger), doch auch die Träger der weiteren Rollen bezeugten sich eines hohen Zusammenhanges, eine wenig rühmliche Ausnahme machte nur ein Wort, welche bei den wenigen Worten, welche er zu sprechen hatte, streden blieb. Die Regie lag in den Händen des Herrn Fischer.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin, 12. Januar.** Das Schwurgericht verurtheilte in der heutigen Sitzung den Arbeiter Wilhelm Müller von hier wegen versuchter Mordthat unter Annahme mildernden Umstände zu einem Jahr Gefängnis. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Berlin, 11. Januar. Mit der Frage ob „Baccarat“ oder „Macao“ als ein Glücksspiel anzusehen sei, hatte sich am Sonnabend die 129. Abtheilung des Schöffengerichts zu beschäftigen. In einer hiesigen Weinhandlung verkehrte im Frühjahr eine Gesellschaft älterer unter sich bekannt Herren, die ihre Zusammenkünfte in einem besonderen Zimmer hielten. Die Herren spielten zunächst Etat um 50 Pf. den Punkt, bisweilen verstiegen sie sich auch auf eine Mark. Dann wurde den Herren dies zu langweilig, sie gingen in der Regel zu einer Partie Baccarat oder Macao über, einem Spiel, das dem bekannten „17 und 4“ ähnlich ist. Hierbei wurden große Summen auf den Tisch gebracht, es kamen Sätze von über 100 Mark vor. Die Sache gelangte zur Kenntnis der Polizei, und der Inhaber erhielt eine Anklage wegen Führen von Glücksspielen. Der Angeklagte erklärte, daß er von verschiedenen Glücksspielen nur den sogenannten „Tenet“ kenne; habe gewußt, daß dies verboten sei und daher seinen Gästen dieses Spiel unterlag. Aber Baccarat und Macao kenne er nicht und habe nicht gewußt, daß es ein Glücksspiel sei. Aus der Höhe der umgelegten Beträge gab er keinen Schlag ziehen können, denn seine Gäste seien reiche Leute gewesen, und wenn sie Etat zu einer Mark den Punkt spielten, so kämen auch erhebliche Summen heraus. Der Staatsanwalt wollte nicht glauben, daß dem Angeklagten das Spiel fremd gewesen sei. Wenn die Gäste sich auch in einer Vermögenslage befunden hätten, daß sie vielleicht eine Garbinenpredigt mehr zu füttern hätten als den Geldverlust, so sei das Geschäft, das das Glücksspiel verleihe, doch auch aus ethischen Gründen erlassen: das Führen des Spiels, das bei den Germanen so ausgebreitet sei, solle unterdrückt und verpöndet werden, daß minder Degenerierte mit Reiz gegen die Vermögenden erfüllt werden. Er halte das den Spielern zur Verfügung gestellte Zimmer auch für einen öffentlichen Ort, denn es sei jedem Gast zugänglich gewesen. Der Staatsanwalt beantragte 300 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger bestritt, daß dem Angeklagten der Charakter des Spiels bekannt gewesen sein mußte. Baccarat sei noch ein neues, wenig bekanntes Spiel, das einer Prüfung des Reichsgerichts, ob es als ein Glücksspiel anzusehen sei oder nicht, noch nicht unterworfen worden sei. Etat könne auch gewissermaßen als Glücksspiel angesehen werden, denn wer schlechte Karten bekomme, könne trotz Verstand und Geschicklichkeit nichts gewinnen. Er bitte den Gerichtshof, anzunehmen, daß der Angeklagte sich im guten Glauben befunden habe, und ihn aus diesem Grunde freizupredigen. Der Gerichtshof nahm zwar an, daß Baccarat oder Macao ein Glücksspiel sei, sprach den Angeklagten aber dennoch frei, weil angenommen worden sei, daß er sich im guten Glauben befunden habe.

Bermischte Nachrichten.

— Die Entsendung des Berliner Kriminalkommissars von Radmann nach Pils zur Ermittlung der Mörder des Kaufmanns Gohs hat Erfolg gehabt. Der Monsieur Strol Stabo aus Ungarn und der Schlichter Franz Jorgyna aus Galizien sind als Thäter ermittelt und unter Mitwirkung eines österreichischen Polizeibeamten mit einem Bauer in Strakonitz, einem Dorfe bei Bulis Wlata, festgenommen worden. Die Mörder, bestrafte Personen, welche sich auf österreichischem und preussischem Gebiete umhertrieben, um Gelegenheiten zu Diebstählen anzufinden, sind gefänglich. Einige Tage vor der Ermordung des Gohs hatten sie einen Einbruch in der Wohnung eines Professors geplant und den Geistlichen unter dem Vorgeben, daß ein Kranker die Sterbefürsorge verlange, aus seiner Wohnung herauszuholen gesucht. Von dem bei Gohs geraubten Gute ist nichts vorgefunden worden; die Verhafteten wollen es einem noch nicht ermittelten Mithäter übergeben haben. Da die Mörder

österreichische Unterthanen sind, kann ihre Auslieferung nicht beantragt werden; ihre Aburtheilung dürfte in Badowice, woselbst sie sich in Haft befinden, erfolgen.

— „Auf unserm Bockisch-Langschänken Eis und Limonade serviren zu lassen, bin ich eigentlich wenig geneigt“, so erzählte eine Dame ihrer Freundin; die jungen Mädchen sind so unvorzüglich! Da haben sie sich glühend heiß getrunken und genießen dann die kalten Sagen.“ — „Ganz meine Meinung“, erklärte die erfahrene Freundin. — „Ich lasse in der Pause in Tassen Bouillon herumreichen.“ — „St das nicht zu umständlich?“ — „Durchaus nicht. Ich nehme das echte Viebig's Fleisch-Extrakt, das ist das Ausgezeichnete. Eine kleine Quantität hiervon in kochendes Wasser geben, entsprechend Salz und ein Stückchen Butter dazu, einmal aufkochen lassen, und die Bouillon ist fertig. Sie stärkt und erquickt ganz vortreflich.“

— Die Firma L. Lechner, Berlin, ist für ihre Puder und Schminken auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896 prämiirt, aber eine Auszeichnung von viel höherem Werthe ist ihr jedoch dadurch geworden, daß der Generalbevollmächtigte der renommierten Parfümerie-Delettrez, Paris, sich um die Vertretung des Hauses Lechner für Frankreich, Alger und Marokko mit den Worten bewert: „Ihre Puder und Schminken sind die bestbehalten und geachtetsten (les plus estimées) bei der hiesigen Kunstschaff und es ist damit ein großes Geschäft zu machen!“ — Wenn solche Anerkennung von Paris kommt, von wo manche unserer guten Landleute immer noch Schönheitsmittel kaufen, dann wird wohl auch ihnen klar werden, daß unser deutsches Fabrikat, Lechner's Feinparfüm n. l., das Beste der Welt ist und nirgends fehlen darf, wo man für die Pflege der Haut und deren Schönheit Bedürfnis hat.

— Aus London wird vom 9. Januar berichtet: „Vor dem South-Western Police-Courthouse erschien gestern eine gut gekleidete junge Frau mit drei Kindern, um ihren Mann wegen Bigamie anzuklagen, wobei sie eine ganz außerordentlich merkwürdige Darstellung von ihrem gemeinschaftlichen Eheleben gab. Die Frau — sie heißt Maas — erzählte, sie sei seit Dezember 1890 mit ihrem Gatten verheiratet. Dieser hätte einen Bruder, der ihm vollständig gleiche, er habe ebenso wie jener eine Narbe an einer Hand und beiden fehle ein halber Finger. Sie habe nun mit beiden Männern gelebt, da sie jeden für ihren Gatten hielt. Zur Erklärung der Wahrheit ihrer Aussagen legte die Frau die Photographien der beiden Brüder vor, und der Richter mußte anerkennen, daß eine große Ähnlichkeit zwischen beiden besteht. Der Richter warf nun ein, daß, wenn die Wahrheit der beiden Brüder so groß sei, daß es der Anklägerin unmöglich sei, sie von einander zu unterscheiden, daß dann die Anklage der Bigamie gegen den richtigen Gatten von ihr nicht aufrecht erhalten werden könne, da die Frau doch nie wisse, welches ihr Gatte sei.“ Da sagte die Anklägerin aber bestimmt: „Oh, wenn ich sie beide neben einander sehe, kann ich sie unterscheiden.“ Die Frau behauptet, bis zum Jahre 1895 nichts von der Existenz des ähnlichen Bruders gewußt zu haben, erst dann kam sie dahinter, daß sie es mit zwei Männern zu thun hatte. Die Geschichte wird aber dadurch noch merkwürdiger, daß die Tante der Anklägerin, welche der Angeklagte nun geirathet hat, seiner ersten Gattin ganz ähnlich sieht, und sie giebt sich ihm gegenüber auch für seine erste Gattin aus, so daß ersterer der Meinung ist, er lebe mit seiner rechtmäßigen Gattin zusammen. Der sehr merkwürdige Fall wird von der Polizei näher untersucht werden. Eine neue „Komödie der Irrungen“!

London, 9. Januar. Die reichsten Männer die im Jahre 1896 in England gestorben sind, haben das bestehende Vermögen hinterlassen: Sir Charles Booth, Desillateur, London, 1927 107 Mr., Sir Julian Goldsmith, Barlamentsmitglied, 974 425 Mr., Sir Edw. Bates, Schiffseigenthümer, Liverpool, 819 360 Mr., George Holt, Schiffseigenthümer, Liverpool, 594 430 Mr., Edward Henry Hills, Chemikalienfabrikant, 750 077 Mr., Frank Ernest Hills, Bankier, 603 313 Mr., Henry Townshend, Bankier, 576 000 Mr., Theobald der Brauereibesitzer Samuel Alljopp n. Sons 610 469 Mr., Edw. Henry King, London, früher in Montreal, 6 5330 Mr., Donald Cairn, Direktor der Bank von New-Südwalles, London, 610 452 Mr., John Smith, London, früher in Buenos Ayres, 423 797 Mr., James Reid Stewart, Eisenfabrikant, Glasgow, 699 107 Mr. (1 Mr. 20,000 Mark).

Schiffsnachrichten.

Der deutsche Schiffsbau, so wird der „Voss. Ztg.“ aus Bremen geschrieben, behauptet seinen Rang und seine Stellung als erster in der Welt nach dem alles überragenden britischen. Diesen wird er niemals erreichen können, weil in England und Schottland die Kohlen und das Eisen ganz nahe bei den Schiffswerften erzeugt werden, während deutsche Werften ihre Rohstoffe entweder nur auf weit entfernten heimischen Werkwerken oder zur See aus dem gleichfalls fernliegenden Auslande beziehen können. Auch in England durch seine geographische Lage und durch seine häufigere Kiste ein viel mehr zur Schiffahrt voraus bestimmtes Land als Deutschland. Aber es ist ersichtlich, daß sich trotz dieser erschwerten Umstände Deutschland den ersten Platz nicht England erlangen hat. Den schwierigen Uebergang vom Holzbau zur Eisenkonstruktion hat der deutsche Schiffsbau vollständig überwunden und zwar so glänzend, daß er jetzt den allerhöchsten Anforderungen entspricht und die riesigen Schnell-dampfer in gleicher Güte herstellen kann wie der englische. Es ist selbst in englischen Fachkreisen aufzufallen, daß im vorigen Jahre in Deutschland vier Millionen Dampfer von über 10 000 Ton. Größe vom Stapel gelaufen sind, in Großbritannien nur einer. Außerdem ist in Götting bei Schichau das größte Schiff der Welt, der für den Norddeutschen Lloyd in Bremen bestimmte „Kaiser Friedrich“, 12—13 000 Register-tonnen messend, im Bau. Die Bauhüthigkeit ist in Deutschland im letzten Jahre ähnlich gewesen wie in den früheren, nämlich etwa 110 000 Register-tonnen, Kriegsschiffe ausgenommen. England dagegen hat an Handelschiffen 1 159 000 Tonnen gebaut, eine Zahl, die nur zweimal zuvor, 1889 und 1890 erreicht ist. Allein an Dampfern sind 1 113 000 Ton. gebaut, welche Zahl früher noch niemals erreicht ist. Diese Produktion ist etwa doppelt so groß wie in der Mitte der achtziger Jahre und legt die Aether stets in Schreden. Die einzelne Aethergesellschaft kann nicht anders, sie muß die Entwicklung des Schiffbaus mitmachen und wenn ihre Fahrzeuge veralten (was jetzt sehr schnell geschieht), so de von neuem Typus bauen lassen. Damit hält sie ihre Flotte in gutem Auf. Thäte sie das nicht, so würde sie rasch aus den Linien, in denen sie ihren thätigen Erwerb findet, hinausgeworfen. Nur die größten und bestgerüsteten Schiffe mit

Kohlen ersparenden Maschinen können bei jetzigen niedrigen Frachten bestehen. Und jedes neue Schiff drückt den Frachtenmarkt noch tiefer und macht den Verlust der alten Schiffe größer.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. Januar. Wetter: Bedeckt. Temperatur 1 Grad Reaumur, Barometer 762 Millimeter. Wind: D. Weizen, Roggen, Hafer, Gerste ohne Handel. Spiritus per 100 Liter a 100 Prozent loco 70er 37,2 bez. Termine ohne Handel. Petroleum loco ohne Handel. 100 Liter behauptet, loco ohne Handel bei Kleinigkeiten 54,00 D., per Januar 55,00 D., per April 55,25 D.

Privat-Ermittelung.

Weizen loco 170,00 erreichbar. Roggen loco 123,00 erreichbar. Hafer loco 133,00 erreichbar.

Berlin, 12. Januar. Da ein Vorstand der Probirbörse nicht gebildet ist, haben die Vertreter der Kaufmannschaft beschlossen, amtliche Preise für Mehl und Spiritus von übermorgen ab nicht mehr notiren zu lassen.

Berlin, 12. Januar. (Freie Vereinigung der Getreidehändler. Privat-Ermittelung.) Weizen per Mai 179,25. Hafer. Roggen per Mai 130,25. Matter. Hafer loco 133,00 bis 150,00, per Mai 132,25. Nom. matt. 100 Liter loco 56,80. Nom. loco 55,00. Nom. Antich. Januar 56,70, Mai 56,40 nom. schwach. Spiritus loco 70er 58,10, loco 50er 57,70, Mai 43,50 unbedeut. Mais loco 101,00 bis 103,00, still. Petroleum 21,00 nom.

Berlin, 12. Januar. (Schluß-Kurse.)

Berlin, 12. Januar.		Schluss-kourse.		
Preuss. Consols	4%	103,90	London kurz	203,80
do. do.	3 1/2%	103,75	London lang	208,25
do. do.	3%	99,00	Amsterd. kurz	168,00
Deutsche Reichsbank	3 1/2%	98,60	Paris kurz	50,90
Böhm. Währsch. 1878	4%	97,00	Belgien kurz	80,75
do. do.	3 1/2%	96,00	Belgien lang	81,00
do. Neuland-Fbrd.	3 1/2%	100,60	Belgien lang	81,00
3% neuland. Währsch.	95,90		Belgien lang	81,00
Centralbank d. Fbrd.	3 1/2%	100,90		
Italienische Rente		91,80	Österr. Rente	121,10
do. 3% Eisen-Rente	55,60		Österr. Rente	121,10
Ungar. Goldrente	103,90		Österr. Rente	121,10
Wien. 1886 an. Rent.	101,00		Österr. Rente	121,10
Österr. 1886 an. Rente	97,30		Österr. Rente	121,10
Österr. 3% Goldr.	v. 1890	28,70	Österr. Rente	121,10
Wien. anst. Rente	4%	88,70	Österr. Rente	121,10
Österr. Boden-Credit	4 1/2%	105,25	Österr. Rente	121,10
do. do. do. von 1890	108,00		Österr. Rente	121,10
Österr. 3% Goldrente	96,00		Österr. Rente	121,10
Deherr. Banknoten	170,15		Österr. Rente	121,10
Österr. Banknoten	81,70		Österr. Rente	121,10
do. do. do. Wiso	216,75		Österr. Rente	121,10
Nationalbank d. Credit-			Österr. Rente	121,10
Wesselschaff (100)	4 1/2%	100,60	Österr. Rente	121,10
do. (100)	4%	100,92	Österr. Rente	121,10
do. (100)	4 1/2%	101,25	Österr. Rente	121,10
do. anst. v. 1905			Österr. Rente	121,10
do. (100)	3 1/2%	100,20	Österr. Rente	121,10
Fr. Pp. N. d. L.	100		Österr. Rente	121,10
V. - V. - V. - V.	101,75		Österr. Rente	121,10
Stett. B. W. C. L.	185,00		Österr. Rente	121,10
St. B. W. C. L.	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	185,00		Österr. Rente	121,10
Stettiner Eisenbahn	1			